

tungsorgane so arbeiten, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen unseren Verwaltungsorganen und der Bevölkerung geschaffen wird.

Die ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung besser entwickeln!

Auf der Konferenz wies ein Genosse auf die große Bedeutung der Entwicklung der ehrenamtlichen Mitarbeit der Bevölkerung an der Lösung der unserer Verwaltung gestellten Aufgaben hin. Was aber hat das Ministerium des Innern bisher getan, um eine Volks verbundene Verwaltung zu schaffen, das System der freiwilligen Verwaltungshelfer auszubauen, um dadurch die besten Kräfte aus der Bevölkerung kennenzulernen, sie zur Mitarbeit in Ausschüssen und Kommissionen zu gewinnen und dadurch die Tätigkeit dieser Organe mit wirklichem Leben zu erfüllen? Warum wurde bisher noch kein allgemeiner Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet organisiert? Es liegen wohl gute Analysen darüber beim Ministerium des Innern vor, aber es wurden noch keine Schlußfolgerungen daraus gezogen.

Ändert die Arbeitsmethoden!

Ein Genosse kritisierte in der Diskussion die mangelhafte Vorbereitung dieser Konferenz. Er wies darauf hin, wie notwendig es ist, daß die verantwortlichen Genossen selbstkritisch dazu Stellung nehmen. Er stellte die Frage, warum man wohl nicht an Hand konkreter Beispiele die Arbeit der Ministerien der Länder offen kritisiere. Doch offenbar deshalb, weil man fürchtet, selbst kritisiert zu werden! Warum nehmen die Genossen Minister nicht selbstkritisch zu ihren bisherigen Arbeitsmethoden Stellung? Haben die Genossen sich bisher überhaupt einmal die Mühe gemacht, ihre Arbeitsmethoden in ihrer Auswirkung zu überprüfen? Sie haben es nicht getan, obwohl man das ständig tun sollte, sie haben im wesentlichen starr an den eingeführten Methoden festgehalten. Und gerade das ist eine der hauptsächlichsten Ursachen für die Unbeweglichkeit und Unfähigkeit bestimmter Verwaltungen. Zu dieser so wichtigen Frage hat Genosse Steinhoff überhaupt nicht Stellung genommen. Daß es notwendig gewesen wäre, hierzu etwas Selbstkritisches zu sagen, beweist das Beispiel der Überprüfung der Landesregierung Brandenburg durch eine Org.-Instrukteurgruppe. Diese Org.-Instruktoren arbeiteten zwei Monate lang, und zwar sehr gründlich, aber der Erfolg ihrer Arbeit steht in keinem Verhältnis zu dem Aufwand. Die Ursache hierfür liegt an ihrem Arbeitsstil. Sie haben es bisher nicht als ihre Aufgabe angesehen, über festgestellte Fehler in der Arbeit verschiedener Verwaltungen in der Presse zu diskutieren, um so die Bevölkerung sowohl an der Arbeit der Verwaltung zu interessieren, als auch sie zur Kritik anzuregen und gleichzeitig mit Hilfe der Presse zu zeigen, daß fast alle Fehler in der Verwaltungsarbeit in mangelndem Staatsbewußtsein und ideologischen Schwächen der verantwortlichen Mitarbeiter zu suchen sind.

Das Entscheidende ist die ideologische Klarheit

Diese Wahrheit trifft selbstverständlich auch auf die Verbesserung der Arbeit im Ministerium des Innern zu.

Ein Tagesordnungspunkt der Konferenz beschäftigte sich mit der Zusammenarbeit mit der Intelligenz. Sehr ernste Signale zeigten, daß im Staatsapparat große Unklarheiten in bezug auf die Behandlung der Intelligenz vorhanden sind. Genosse Staatssekretär Warnke wies nach, daß oft der Sinn der Einzelverträge noch völlig verkannt wird. So wurde mit dem Baurechner des Kreisbaubetriebs Frankfurt (Oder) ein Einzelvertrag über 470 DM, mit einem Oberbuchhalter ein solcher über 625 DM und mit einem Dachdeckermeister in Finow einer über 400 DM abgeschlossen. Diese Beispiele lassen sich beliebig ver-

mehren und zeigen die völlige Unklarheit über die Bedeutung des Abschlusses von Einzel Verträgen.

Es gibt aber auch Fälle, wo wertvolle Spezialisten, wie Brückenbauingenieure die Deutsche Demokratische Republik verlassen haben, weil die Verwaltungen die Sorge um den Menschen vernachlässigten und mit diesen Fachleuten keine Einzelverträge abgeschlossen haben. Die Diskussion über diese Frage mit den Genossen Innenministern ergab, daß das Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt sowohl mündlich als auch schriftlich von den Innenministern der Länder auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen wurde. Daraufhin gab das Ministerium eine Anweisung heraus, wonach der Abschluß von Einzelverträgen für Angestellte der Verwaltung sofort zu stoppen sei und alle Anträge dem Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik zur Bestätigung einzureichen seien. Trotz verschiedenster Mahnungen wurden aber die eingereichten Verträge vom Ministerium weder bestätigt, noch erfolgte ein schriftlicher Bescheid.

Um in Zukunft diese Fehler zu vermeiden, haben die verantwortlichen Genossen im Ministerium des Innern vorgesehen, eine „Richtlinie“ zum Gesetz herauszugeben. Weiter ergeben sich aus dieser Sachlage für sie keine Schlußfolgerungen! Sie wollen also auch in dieser Frage wiederum nur den administrativen Weg beschreiten. Dabei ist aber die entscheidende Ursache für die fehlerhafte Arbeit in der mangelnden ideologischen Klarheit über diese Frage, im ungenügenden Studium des Gesetzes zu suchen. Dieses Beispiel zeigt, daß bei auftretenden Fehlern in der Arbeit zuerst die ideologischen Schwächen zu suchen sind. Die Ursache der begangenen Fehler ist in erster Linie nicht in administrativen Unzulänglichkeiten, sondern in ideologischen Unklarheiten über unsere Bündnispolitik zu suchen.

Die Genossen Innenminister studieren nicht die Beschlüsse der Partei

Als unsere Partei die ersten Signale über diesen Zustand erhielt, faßte das Politbüro einen Beschluß, der allen Leitungen zugestellt wurde, der die Fragen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit der Intelligenz klarstellte. Wie beachteten aber die Genossen diesen Beschluß? Es stellte sich heraus, daß ihn kein Genosse Innenminister kannte, obwohl sie alle Mitglieder der Sekretariate der Landesleitungen sind. Genosse Warnke stellte selbstkritisch fest, daß er diesen Beschluß wohl erhalten habe, daß er ihn aber nicht, wie es notwendig gewesen wäre, zur Grundlage einer eingehenden Diskussion in der Parteiorganisation genommen hat, sondern er wurde „abgelegt“. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, daß unsere führenden Funktionäre noch immer nicht erkannt haben, daß sie bei der Durchführung ihrer Aufgabe engstens mit der Parteiorganisation zusammenarbeiten müssen.

Es ist also notwendig, daß die Parteiorganisation im Ministerium des Innern Erzieher unserer Menschen wird, indem sie ständig und beharrlich mit den Genossen und Kollegen die Beschlüsse unserer Partei studiert, damit sie die notwendige ideologische Klarheit für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Die Parteileitung muß aber auch die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren.

Die Parteiorganisation wird diese Aufgabe aber nur dann erfüllen können, wenn sie die begonnene Kritik und Selbstkritik kühn weiterentwickelt. Die entscheidende Aufgabe liegt nicht darin, über die Notwendigkeit der Kritik zu sprechen und Schulungen über Bedeutung und Wesen der Kritik durchzuführen, sondern unsere Genossen sollten mit der Kritik an ihrer eigenen Arbeit beginnen; sie müssen endlich nach diesen Leitsätzen handeln.

Irene Ziewitz